

Stand: 02.07.2025 04:38:19

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/538

"Ganztagsschulen in Partnerschaft mit den Kommunen ausbauen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/538 vom 12.02.2009
2. Beschluss des Plenums 16/555 vom 12.02.2009
3. Plenarprotokoll Nr. 12 vom 12.02.2009

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Georg Schmid, Karl Freller, Georg Eisenreich, Walter Taubeneder**, Gudrun Brendel-Fischer, Heinz Donhauser, Hans Herold, Manfred Ländner, Eduard Nöth, Berthold Rüth, Peter Schmid, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Steiner, Gerhard Wagemann, Josef Zellmeier und **Fraktion (CSU)**,

Thomas Hacker, Renate Will, Julika Sandt, Brigitte Meyer, Dr. Annette Bulfon und **Fraktion (FDP)**

Ganztagsschulen in Partnerschaft mit den Kommunen ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Ergebnisse, die auf dem Bildungsgipfel der Staatsregierung mit den Kommunen erzielt wurden. Die Staatsregierung wird aufgefordert, den vereinbarten Ausbau von Ganztagsschulen zügig umzusetzen.

Begründung:

Im bedarfsgerechten flächendeckenden Ausbau von Ganztagsschulen in allen Schularten liegt ein wesentlicher Beitrag zur zukunftsorientierten Weiterentwicklung des bayerischen Bildungswesens, der mehr individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler, mehr Chancengerechtigkeit sowie bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht. Hierzu sollen die Ganztagsschulen in Bayern mit hoher Priorität an allen Schularten weiter ausgebaut werden. Der Ausbauswerpunkt soll zunächst bei Haupt-, Grund- und Förderschulen gesetzt werden.

Mit den kommunalen Spitzenverbänden wurde die Einigung erzielt, dass der Freistaat Bayern an staatlichen Schulen neben der Trägerschaft der gebundenen auch die Trägerschaft für die offenen Ganztagsangebote übernimmt und für die erforderliche Personalausstattung sorgt. Damit können Finanzierung und Organisation der offenen und gebundenen Ganztagsschule an staatlichen Schulen einander angeglichen werden. Im Gegenzug dafür übernehmen die Kommunen den zusätzlichen Sachaufwand für alle offenen und gebundenen Ganztagsschulen und beteiligen sich am Personalaufwand in Form eines pauschalen Zuschusses in Höhe von 5.000 Euro je Ganztagsklasse bzw. Gruppe und Schuljahr. Mit diesem Beitrag kommen die Kommunen ihrer Verantwortung aus Art. 83 Abs. 1 und Art. 133 Abs. 1 Satz 2 der Bayerischen Verfassung sowie nach § 24 Abs. 2 SGB VIII nach, werden aber gleichzeitig organisatorisch, personell und finanziell erheblich entlastet.

Mit der Umsetzung des bedarfsgerechten und flächendeckenden Ausbaus der Ganztagsschulen wird weiterhin sichergestellt, dass die Schülerinnen und Schüler nicht zum Besuch einer Ganztagsschule verpflichtet werden, vielmehr bleibt das Wahlrecht der Eltern zwischen Ganztags- und Halbtagschule erhalten.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Georg Schmid, Karl Freller, Georg Eisenreich, Walter Taubeneder**, Gudrun Brendel-Fischer, Heinz Donhauser, Hans Herold, Manfred Ländner, Eduard Nöth, Berthold Rüth, Peter Schmid, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Steiner, Gerhard Wagemann, Josef Zellmeier und **Fraktion (CSU)**,

Thomas Hacker, Renate Will, Julika Sandt, Brigitte Meyer, Dr. Annette Bulfon und **Fraktion (FDP)**

Drs. 16/538

Ganztagsschulen in Partnerschaft mit den Kommunen ausbauen

Der Landtag begrüßt die Ergebnisse, die auf dem Bildungsgipfel der Staatsregierung mit den Kommunen erzielt wurden. Die Staatsregierung wird aufgefordert, den vereinbarten Ausbau von Ganztagsschulen zügig umzusetzen.

Die Präsidentin

I.V.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

II. Vizepräsident

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Martin Güll u. a. und Fraktion (SPD)

Konnexität im Ganztagsschulbereich endlich umsetzen (Drs. 16/518)

Dringlichkeitsantrag der Abg.

Georg Schmid, Karl Freller, Georg Eisenreich u. a. und Fraktion (CSU)

Thomas Hacker, Renate Will, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Ganztagsschulen in Partnerschaft mit den Kommunen ausbauen (Drs. 16/538)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Pfaffmann. Bitte schön.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in den letzten Tagen ein außergewöhnliches Highlight erleben dürfen. Jeden Tag konnten wir in der Zeitung vom kommunalen Bildungsgipfel lesen. Wir waren natürlich alle sehr gespannt, welche Vorteile der Bildungsgipfel für unsere Schülerinnen und Schüler und Eltern mit sich bringt. Ich kann Ihnen sagen: Dieser Bildungsgipfel hat den Namen nicht verdient, den Sie da die ganze Zeit in den Zeitungen lesen.

(Beifall bei der SPD)

Der Eindruck, der mitunter entstehen könnte, die CSU habe die Ganztagsschulen erfunden, macht doch einen kleinen Blick in die Historie dieser Debatte notwendig. Ich darf Ihnen vielleicht in Erinnerung rufen, Kolleginnen und Kollegen: Vor zehn Jahren - -

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Elf!)

- elf! - Vor elf Jahren also hat die SPD-Fraktion hier in diesem Hause ein Plakat mit dem Titel aufgehängt: Auf Dauer schlauer. Wir wollten vor elf Jahren Ganztagsschulen in einer vernünftigen Planung haben. Damals hat die CSU Ganztagsschulen mit einem

vernünftigen pädagogischen Konzept als sozialistisches Teufelszeug bezeichnet. Wie sich doch die Zeiten ändern, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Herrschaften heute so tun, als hätten sie jetzt die Ganztagschule erfunden, sage ich Ihnen: Wir haben sie dazu gezwungen, nichts anderes. Sie können gar nicht mehr anders, weil die ganze Republik und alle Fachverbände mittlerweile sagen: Ganztagschulen sind die bessere Schulart. Das zur historischen Aufarbeitung dieser Debatte.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Sie können nicht abstreiten, dass Sie in Sachen Ganztagschulen Schlusslicht der ganzen Nation und darüber hinaus sind. Wenn die Kollegen aus Südtirol noch da sind, sollten Sie vielleicht folgende Zahlen mitnehmen: Sie haben es in Bayern geschafft, mit 4,37 % aller Schulen, offenen und gebundenen Ganztagschulen, einen traurigen Rekord in den letzten zehn Jahren aufzustellen. Jetzt kommt aber die große Innovation. Jetzt geht's los, könnte man denken, wenn man die Schlagzeilen der Zeitungen so betrachtet. Es kommt Bewegung in die Bildungspolitik. Ja, was ist denn das für eine Bewegung? - Wissen Sie, was in Ihrem Papier steht? - Sie möchten gerne - aufgemerkt! -, dass die Ganztagsangebote in zehn bis fünfzehn Jahren 20% betragen. Also soll es noch mal so lang dauern, wie Sie bisher schon geschlafen haben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt! - Zurufe von der SPD: Oh!)

Herzlichen Glückwunsch zu dieser enormen Leistung, die Sie hier erbringen, wenn es darum geht, wirklich sinnvolle pädagogische Projekte voranzutreiben.

Darf ich mal was zum Bedarf sagen. - Ich würde mich, lieber Herr Staatssekretär, freuen, wenn die Staatsregierung mal endlich eine Bedarfsprognose auf den Tisch legen würde. Sie stochern im Nebel bei der Frage, wie viele Ganztagsplätze wir überhaupt brauchen. Das wissen Sie ja gar nicht. Wenn man den bundesweiten Bedarf zugrunde legt, geht

man mittlerweile davon aus, dass wir 40 % als unterste Grenze des Bedarfs an Ganztagsplätzen haben, offene und gebundene zusammengenommen. Sie wollen in fünfzehn Jahren 20 %. Herzlichen Glückwunsch - Sie werden für die nächsten fünfzehn Jahre das Schlusslicht in Deutschland und in Europa beim Ausbau der Ganztagschulen bleiben. Das steht jetzt schon fest.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt wollen Sie der Retter sein. Aber auch bei der Finanzierung spazten Sie sich wirklich ab. Hier läuft ein trauriges Spiel ab, und ich muss mich schon wundern, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass der Städtetag da mitmacht. Das darf ich hier vielleicht schon einmal sagen. Ich muss mich schon wundern, dass der Städtetag eine Lösung mitträgt, die ja wirklich einen Systembruch darstellt: Sie wollen jetzt plötzlich die Zuständigkeit für die offenen Ganztagschulen übernehmen, sozusagen den Elternbeitrag. Das ist ja prima, darüber freuen wir uns auch. Aber Sie pressen dafür den Kommunen letztendlich eine Pauschale von 5000 Euro pro Gruppe ab. Das ist die Wahrheit. Wissen Sie, was das ist? - Das ist der Einstieg in die Personalkostenfinanzierung der Schulen, wofür die Gemeinden schlicht und einfach nicht zuständig sind. Nehmen Sie das doch mal zur Kenntnis!

(Beifall bei der SPD)

Sie berufen sich, liebe Kolleginnen und Kollegen, in Ihrem Antrag auf die Bayerische Verfassung und auf eine gemeinsame Verantwortung von Kommunen und Staat. Aber ein Blick in die Verfassung würde die Rechtskenntnis erweitern. Ich bin auch kein rechtskundiger Kollege, aber ich habe mich zumindest versichert. Die Begründung Ihres Antrags, in der Sie den Eindruck suggerieren, die Kommunen hätten die Verantwortung, stimmt so mit der Verfassung nicht überein. Sie wissen doch ganz genau, dass im Schulfinanzierungsgesetz strikt zwischen Personalkosten und Sachaufwand unterschieden wird. Erstmals verlassen Sie dieses Prinzip undbürden den Gemeinden eine Beteiligung an den Personalkosten in den Schulen auf, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das muss man schon mal deutlich sagen. Ich finde: Das ist nichts anderes als ein Sich-Abspatzen. Man will hier zwar der Retter der Schulen sein, aber man will ganz langsam machen und nichts bezahlen.

Eine solche Politik verdienen unsere Kommunen nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Aus diesem Grund haben wir den vorliegenden Dringlichkeitsantrag gestellt. Bekennen Sie sich endlich zur staatlichen Verantwortung, was die Schulen betrifft. Sagen Sie: Ja-wohl, Schule ist eine staatliche Veranstaltung, keine kommunale. So wäre es richtig. Wenn Sie das sagen, wäre es folgerichtig, dass Sie dann auch für die Kosten aufkommen, denn wer zahlt, schafft an. Das ist das Grundprinzip, nach dem wir arbeiten.

Gestatten Sie mir einen letzten Satz. Den habe ich vorhin vergessen; dass muss ich unbedingt noch sagen. Ihr Herr Ministerpräsident a. D., der Vorgänger von Herrn Seehofer - kennen Sie ihn noch? -, Herr Stoiber,

(Zuruf von der SPD: Vorvorgänger!)

hat im Juli 2007 erklärt - ich zitiere: "2012 soll jede zweite Hauptschule eine Ganztagschule sein." Er hat nicht von Zügen gesprochen. Er hat von jeder zweiten Hauptschule gesprochen, das sind 600 Ganztagschulen. Die ganze Seehofer-Regierung und Sie mit ihr bleiben hinter dieser Forderung von Stoiber dramatisch zurück. Sie machen gegenüber Ihrer Vorgängerregierung einen deutlichen Rückschritt. Was ist das für eine Politik?

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Jetzt hat der Kollege Walter Taubeneder das Wort.

Walter Taubeneder (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie heute die Zeitung aufschlagen, kommt Ihnen viel Lob entgegen. Die bayerischen Kommunen jubeln, es sei ein guter Tag für sie. Das sagt sogar einer, der sonst mit Lob

eher geizt, nämlich Oberbürgermeister Schaidinger aus Regensburg, der Chef des Bayerischen Städtetags. Er sagt, wir hätten Gipfel bestiegen, die als nicht besteigbar galten. Herr Pfaffmann, er sagt auch Danke dafür und er lobt ausdrücklich unseren Ministerpräsidenten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ohne Zweifel liegt im flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen in allen Schularten ein wesentlicher Beitrag zur zukunftsorientierten Weiterentwicklung des bayerischen Bildungswesens. Darin sind wir uns alle einig. Durch Ganztagschulen können Schülerinnen und Schüler individuell gefördert werden. Ganztagschulen bringen mehr Chancengerechtigkeit. Sie ermöglichen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das haben wir heute Vormittag schon gehört.

Die SPD erklärt in ihrem Antrag, Ganztagschulen seien keine kommunale, sondern im Rahmen der Zuständigkeit der Länder eine staatliche Aufgabe. Sie wissen natürlich ganz genau, dass mit der Länderzuständigkeit nur das Verhältnis zwischen Bund und Ländern gemeint ist. Innerhalb der Länder gibt es andere Zuständigkeiten. Sie haben sich schon vorher auf Artikel 83 der Verfassung berufen, der die Zusammenarbeit von Staat und Kommunen regelt. Übrigens hat diese Zusammenarbeit sehr viele Jahrzehnte bestens geklappt.

In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch noch einmal darauf hinweisen, dass die Ganztagsbetreuung auch in § 24 SGB VIII erwähnt wird, wonach im Rahmen der Jugendhilfe auf ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege hingewiesen wird.

Mit der Entscheidung von gestern, offene und gebundene Ganztagschulen einander anzugleichen, ist eine wichtige und - darin, glaube ich, sind wir uns einig - richtige Entscheidung gefallen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Nach der klaren Aufgabentrennung übernehmen die Kommunen den zusätzlichen Sachaufwand und leisten einen pauschalen Personalkostenzuschuss von 5000 Euro pro Klasse und Gruppe. Damit sind die Kommunen einverstanden. Sie haben sich darüber nicht beschwert.

Nun zum Ausbau der Ganztagschulen. Er wird weiter dynamisch vorangetrieben. Bis Ende der Legislaturperiode wird es an 540 Grundschulen, an 600 Schulen, an allen Förderzentren und an allen fünften und sechsten Klassen der Realschulen und Gymnasien Ganztagszüge geben. Zudem möchte ich herausstellen, dass die Mittagsbetreuung zwischen 14 Uhr und 15.30 Uhr oder sogar 16 Uhr deutlich ausgeweitet wurde und wird. Ein wichtiger Bestandteil der Ganztagschule ist auch die Mittagsverpflegung. Auch hierüber wurde mit den Kommunen eine hervorragende Einigung erzielt. Freistaat und Kommunen werden für das Mittagessen je 200 Euro pro bedürftiges Kind und Jahr ausgeben. Ich bin sehr dankbar für diese Entscheidung, denn die abgesprochene Lösung ist ein wichtiger Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Es kann nicht sein, dass gerade bildungsbenachteiligte junge Menschen, denen der Besuch der Ganztagschule zusätzliche Chancen bringen würde, dort nicht angemeldet werden können, weil die Eltern das Mittagessen an der Schule nicht zahlen können. Abschließend möchte ich noch auf Folgendes hinweisen: Auch in Zukunft wird kein Schüler zum Besuch einer Ganztagschule verpflichtet oder gar gezwungen werden.

Nun noch ein paar Worte zur Konnexität. Es gibt oft Probleme zwischen dem Staat und den Kommunen. Als Bürgermeister habe ich das auch oft miterlebt und das auch sehr kritisch gesehen. Nicht so ist es aber im Falle der Ganztagschulen. Die Kommunen haben gestern deutlich gesagt, sie würden es anerkennen, dass Ganztagschulen bedarfsgerecht eingerichtet werden sollen und dass der Besuch nicht verpflichtend ist. Das heißt die Antragsteller bleiben auch in Zukunft die Kommunen. Die finanzielle Abwicklung erfolgt nach dem FAG.

Meine Damen und Herren von der SPD, das Ergebnis des gestrigen kommunalen Bildungsgipfels hat Ihrem Antrag die Grundlage entzogen. Er ist nicht mehr notwendig. Wir lehnen Ihren Antrag ab. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich möchte Sie davon in Kenntnis setzen, dass zum SPD-Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/518 von der SPD namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Wir kommen nun zum nächsten Redner. Das Wort hat Herr Prof. Dr. Georg Barfuß.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Das Konnexitätsprinzip ist wohl der Anlass für diesen Antrag gewesen. Es soll die Kommunen davor schützen, dass sie der Staat übervorteilt. Dafür gibt es in unserem Rechtssystem zwei Grundsätze: Entweder wird etwas per Gesetz geregelt, oder es wird per Vertrag geregelt. Nachdem sich gestern die zuständigen Spitzenverbände mit dem, was ausgehandelt wurde, einverstanden erklärt haben, kann ich keine Verletzung des Konnexitätsprinzips erkennen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Als langjähriger Bürgermeister weiß ich, dass null oder hundert schlechte Verhandlungsergebnisse sind. Wenn der eine nur gewinnt, der andere aber nur verliert, bringt es gar nichts. Jetzt wissen wir aber, dass das, was Sie, Kolleginnen und Kollegen von der SPD, lange gefordert haben - in der Sache teile ich Ihre Meinung - gekommen ist. Darüber sollten Sie sich doch freuen. Meinen Sie, dass Sie nur deswegen dagegen sein müssten, weil das Verfahren nicht so gelaufen ist, wie Sie es sich vorgestellt haben? Ich glaube, wir haben etwas für die jungen Menschen in unserem Lande bewegt. Das scheint mir das Wichtigste zu sein.

(Beifall bei der FDP)

Wir, die Kolleginnen und Kollegen der FDP, die in der Verhandlungsrunde vertreten waren, sind auch nicht ganz unschuldig. Herr Kollege Pfaffmann, wenn Sie die Ganztagsbetreuung schon vor zehn Jahren gefordert haben, frage ich Sie, warum Sie sie dann nicht durchgesetzt haben.

(Zurufe von der SPD - Beifall bei der FDP)

- Es freut mich, dass Sie so reagieren.

(Harald Güller (SPD): So niveaulos kenne ich Sie eigentlich normal nicht, Herr Kollege Barfuß!)

- Das ist doch schön, desto besser lernen Sie mich kennen.

Denken Sie doch einmal logisch mit. Sie haben etwas gefordert, haben es aber nicht durchsetzen können, weil Sie die Macht dazu nicht gehabt haben. Jetzt hat der Bürger gesagt, liebe CSU, so geht es nicht weiter, wir brauchen diese Schulen, und die Bürgerinnen und Bürger haben uns gewählt. Wir haben es jetzt durchgesetzt, und darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der FDP)

Was glauben Sie, wie viele Fahnen Sie hinausgehängt hätten, wenn Sie es gekonnt hätten? Es ist aber nicht gegangen. Es ist doch egal, wir haben es geschafft. Jetzt kommt es nicht darauf an, wer es letztendlich zustande gebracht hat. Freut euch doch mit für die Kinder, denn für die arbeiten wir angeblich.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Als langjähriger Bürgermeister verstehe ich nicht, warum Sie sich damit so schwer tun, jedem das zukommen zu lassen, was er getan hat. Die Idee stammte lange Zeit von Ihnen, die Umsetzung stammt jetzt von uns.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dazu bräuchten Sie 20 Jahre Sozialisation in dem Hause, um das zu verstehen!)

- Ich kann erst jetzt sprechen, weil ich erst jetzt gewählt worden bin. Frau Kollegin, wenn Sie so lange Bürgermeisterin gewesen wären, wie ich Bürgermeister war, würden Sie vielleicht auch meine Argumentation verstehen. Waren Sie denn Bürgermeisterin?

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Stadträtin bin ich!)

- Das ist schon ein Unterschied!

(Beifall bei der FDP)

Jetzt kommen wir wirklich zum Thema. Ich glaube, die SPD freut sich mit uns darüber, dass die Ganztagsbetreuung durchgesetzt wurde. Das ganze Haus sollte sich darüber freuen, so wie wir beim anderen Dringlichkeitsantrag auch zusammengearbeitet haben.

(Harald Güller (SPD): Auf Kosten der kommunalen Haushalte!)

- Herr Kollege, Haushaltsfragen sind kein Wunschkonzert. Wünschen kann man sich etwas, das ist die eine Seite, was man finanzieren kann, das ist die andere. Wenn man nun einen Kompromiss gefunden hat, zu dem beide Parteien sagen, mit diesem Kompromiss kann man leben, dann weiß ich nicht, warum wir das jetzt wieder infrage stellen sollen. Ich finde es deshalb eine gute Sache, dass dieser Kompromiss im Konsens mit den kommunalen Spitzenverbänden gelungen ist.

Was zahlt der Staat? - Er übernimmt die Trägerschaft für die gebundenen und die offenen Ganztagsangebote. Dafür haben wir gekämpft. Das ist gut. Der Staat sorgt für eine angemessene Ausstattung, und er hält Planstellen und Mittel für Lehrer und Angestellte vor. Auch das sollte man nicht vergessen.

Was machen die Kommunen? - Sie finanzieren einen Delta-Sachaufwand, also einen zusätzlichen Aufwand, den anderen haben sie ohnehin, für die Ganztagschule und die Pauschale mit 5.000. So sieht eben ein Kompromiss aus, bei dem es ein Geben und ein

Nehmen gibt. Der Staat könnte es auch anders machen, er könnte die FAG-Mittel oder Schlüsselzuweisungen anders ausstatten. Das alles sind doch Kompromisse.

Ich meine, wenn Ihr Antrag kein Schaufensterantrag war, wenn Sie sich wirklich freuen, dass das, was Sie über ein Jahrzehnt lang forderten, von uns jetzt verwirklicht wird, dann sollten Sie doch sagen: So schlecht ist das nicht, wir hätten es zwar anders gemacht, wenn wir es gekonnt hätten. Wir konnten es aber gar nicht, deshalb sind wir froh, wenn es so kommt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Joachim Hanisch von den Freien Wählern das Wort.

Joachim Hanisch (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon eigenartig, wie man hier mit einer hart erkämpften Regelung, wie dem Konnexitätsprinzip, umgeht: Es sei verhandelbar.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Herr Kollege, sie haben einen Bürgermeister gesucht. Ich war über 28 Jahre lang Bürgermeister. Verständnis habe ich für Ihr Vorgehen aber nicht.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD - Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP))

In der Bayerischen Verfassung ist das Konnexitätsprinzip geregelt, doch Sie sagen, das sei verhandelbar. Meine Damen und Herren, wir von den Freien Wählern haben damals noch außerhalb des Parlaments für dieses Konnexitätsprinzip gekämpft. Ich hoffe doch, dafür wurde es nicht geschaffen. Wir sind insofern mit der Regelung des Bildungsgipfels enttäuscht.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben auch für eine gebundene und eine offene Ganztags-Hauptschule gekämpft. Wir sind froh darüber, dass das gestrige Ergebnis beim Bildungsgipfel herauskam. Es ist sicher ein Erfolg, wir befinden uns auf der richtigen Straße, meine Damen und Herren. Wenn ich aber lese, die Schulen sollten flächendeckend eingeführt werden, während die Einführung gleichzeitig davon abhängig gemacht wird, ob die Kommunen mitzahlen können oder nicht, dann passt das nicht. Meine Damen und Herren, wenn ich Hauptschulen will, dann kann ich nicht sagen, nur diejenigen, die bereit sind, sich an den Personalkosten zu beteiligen, sollen sie auch bekommen. Das kann doch nicht der richtige Weg sein! Nehmen wir einmal eine Kommune an, die die notwendigen Klassenzahlen hat. Diese Kommune will eine zweizügige Ganztagschule für die Grund- und für die Hauptschule haben. Das kostet mindestens 90.000 Euro im Jahr. Meine Damen und Herren, wenn sich das die Kommune nicht leisten kann, dann geht das nicht. Das wäre also künftig davon abhängig, ob die Kommune sich diesen Aufwand leisten kann oder nicht. Das ist doch nicht Sinn und Zweck einer Ganztags-Hauptschule, wie wir sie fordern und, meine Damen und Herren, wie der Bürger draußen sie fordert. Es wurde zu Recht gesagt: Das ist der Denkmittel für die CSU gewesen, weil sie auf diese Forderung nicht reagiert hat.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Meine Damen und Herren, das war wohl auch der Denkmittel. Doch nun die geforderten Schulen an eine finanzielle Beteiligung der Kommunen zu knüpfen, das erachten wir als den falschen Weg. Konnexität sieht anders aus. Die Kommunen haben sich aufgrund der Situation bei den Ganztagschulen ohnedies an den Sachkosten zu beteiligen. Sie müssen künftig sowieso mehr Geld als bisher in die Hand nehmen. Wenn nun auch noch eine Beteiligung an den Personalkosten dazukommt, die im Übrigen nirgends vorgesehen ist - -

(Georg Eisenreich (CSU): Natürlich!)

- Nein, das ist nirgends vorgesehen. Wenn ich heute zu den Kommunen sage: Wenn Ihr dieser Regelung zustimmt, wenn Ihr Euch auch an den Personalkosten beteiligt, dann bekommt Ihr diese Hauptschule, dann ist das schlichtweg unfair. Natürlich werden einige der kommunalen Spitzenverbände mitmachen. Sauber und sachlich ist diese Regelung aber nicht, und sie wird es auch nicht werden.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Wir werden deshalb dem SPD-Antrag zustimmen. Wir meinen, wir sollten überlegen, ob wir das nicht rückgängig machen können. Eine Beteiligung der kommunalen Ebene an den Personalkosten soll künftig nicht erfolgen. Wir erachten das als den falschen Weg.

(Lebhafter Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Gehring das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Gering. - Oh, Entschuldigung, wo war die Wortmeldung? - Bitte schön, Herr Kollege Ländner. - Herr Kollege Hanisch, bitte kommen Sie wieder ans Rednerpult, da diese Frage an Sie gerichtet ist.

Manfred Ländner (CSU): Herr Kollege Hanisch, wir diskutieren seit vielen Monaten, ja seit vielen Jahren, über die kommunale Beteiligung an den Schulen, über die kommunale Verantwortung für die Schulen. Ich war übrigens auch Bürgermeister, vielleicht haben wir da noch ein kleines Treffen. Darf ich Ihren Ausführungen entnehmen, dass die Freien Wähler künftig dafür stimmen werden, dass die Kommunen aus Ihrer Verantwortung für die Schulen nach und nach herausgenommen werden und, dass wir aus Kompensation finanzieller Art die Schlüsselzuweisung im gleichen Maß senken sollen? Darf ich das so verstehen?

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Schmarrn!)

Joachim Hanisch (FW): Herr Kollege, da vermischen Sie nun alles Mögliche. Es ist ganz klar geregelt, wer die Sachkosten und wer die Personalkosten zu tragen hat.

(Anhaltender Beifall bei den Freien Wählern und der SPD - Ernst Weidenbusch (CSU): Das wiederum ist dann wohl verhandelbar!)

- Lieber Herr Kollege, wenn inzwischen alles verhandelbar ist, warum brauchen wir dann noch Gesetze? Warum sitzen wir dann hier und machen Gesetze?

(Ernst Weidenbusch (CSU): Es geht darum, welche Aufteilung wir bekommen!)

- Nein, wenn wir die klare Regelung haben, hier Sachkosten, dort Personalkosten, dann sollten wir sie auch einhalten.

(Lebhafter Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Halt, Herr Kollege. Lassen Sie eine weitere Zwischenfrage zu? - Bitte schön, Herr Kollege Barfuß.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Noch einmal: Ist es eine zwingende Aufgabe, über die wir gerade sprechen oder nicht? - Die Konnexität, wie Du es verstehst, lieber Herr Kollege, gilt und greift nur, wenn es eine zwingende Aufgabe oder das K-Prinzip ist. Nun könnte man sagen, wir würden uns wünschen, dass es von Staats wegen eine zwingende Aufgabe wäre. Dann würde auch von Staats wegen das stringente Konnexitätsprinzip gelten. Das ist es aber nicht, und deshalb erachte ich das Verhandlungsergebnis als sehr gut. Ich würde Sie fragen, ob Sie sich nicht doch anschließen können.

Joachim Hanisch (FW): Zwingend oder nicht zwingend - da kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Für uns ist das Ganztagschulsystem zwingend, deshalb fordern wir die Beibehaltung dieser Trennung.

(Lebhafter Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Noch einen Moment, Herr Hanisch. Bitte bleiben Sie noch hier, denn ich muss Sie fragen, ob Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Pfaffmann zulassen. Ja? - Bitte schön.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Eine Zwischenfrage: Lieber Herr Kollege, wären Sie bereit, Ihrem Herrn Kollegen Bürgermeister Folgendes zu sagen: Wir haben den Antrag gerade deshalb gestellt, damit sich dieser Landtag dazu bekennt, dass diese Frage konnexitätsrelevant ist. Darüber wollen wir abstimmen. Die Folge ist die Übernahme der Kosten für offene und gebundene Schulen. Genau das ist der Kern. Wer heute nicht mitstimmt oder dagegen, der will nicht, dass Schule eine alleinige staatliche Aufgabe ist, so wie das Gesetz das vorsieht. Würden Sie das bitte dem Herrn Kollegen weitergeben?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Joachim Hanisch (FW): Ich betätige mich gern als Briefträger und gebe diese Frage weiter.

(Heiterkeit und Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat das Wort Herr Kollege Gehring. Bitte schön, der zweite Versuch.

Thomas Gehring (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sage als Nicht-Ex-Bürgermeister:

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf eines Abgeordneten der CSU: Das sind auch Leute!)

Die Freude im Himmel ist gleich groß über die Umkehr eines jeden Schäfleins, auch über die Umkehr eines Schäfleins, der CSU, das in Fragen der Ganztagschule vom Saulus zum Paulus geworden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Früher noch ein Teufelzeug, wird die Ganztagschule heute propagiert, und sie soll ausgebaut werden, quasi flächendeckend. Die Betonung liegt auf "quasi", denn wenn wir uns ansehen, auf welchem Stand wir jetzt sind, dann wissen wir, dass der Weg in die Fläche noch weit ist. Wir haben zwar 2.500 Grundschulen und mittlerweile 40 Ganztags-

geszüge an Grundschulen, doch bis wir die Fläche erreicht haben, wird das bei diesem Tempo noch eine ganze Weile dauern. Wer jetzt als Paulus die Ganztagschule verkünden will, der muss, um glaubwürdig zu sein, hinter dieser Überzeugung und Verkündigung auch etwas Substanz bieten. Substanz heißt hier auch finanzielle Mittel.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Vorgestern und gestern haben wir diesen Bildungsgipfel erlebt, und als jemand, der vom Alpenrand kommt, sage ich immer: Gipfelhöhe ist eine Frage des Standpunktes. Es ist also die Frage, ob man in Niederbayern oder in Oberbayern ist.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Der muss in Holland gewesen sein!)

Was bei diesem Gipfel konkret herausgekommen ist, ist eine Zahl: 5.000 Euro zahlen die Kommunen pauschal. Was auf Landesseite gesagt wurde, ist weniger konkret. Hier gibt es Formulierungen wie "Ganztagsangebot", "offene und geschlossene Ganztagschule werden einander angeglichen", es wird eine "ausreichende Ausstattung" angesprochen. Das alles sind Formulierungen, die man verwendet, wenn man keine konkreten Zahlen nennen will. Ich finde, das zeigt auch, dass diese Staatsregierung den Weg der Ganztagschule sicherlich allmählich und langsam gehen wird. Wichtig ist aber, dass jetzt die Kommunen mit ins Boot genommen wurden.

Es ist schon einiges gesagt worden über die Verfassungslage, über Sachaufwandsträger, Schulträger und die Verantwortung des Landes. Tatsache ist. Wenn wir uns die letzten Jahre anschauen, haben die Kommunen mehr getan, als sie als Sachaufwandsträger hätten tun müssen. Sie haben schon pädagogisches Personal an Schulen mitfinanziert,

(Beifall der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Schulsozialarbeiter, Präventionsangebote, Mittagsbetreuung. Die Kommunen haben das nicht getan, weil sie das Konnexitätsprinzip sozusagen von unten unterlaufen woll-

ten, sondern weil die Not vor Ort so groß war, weil die Bedürfnisse vor Ort da sind und etwas getan werden musste

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

und weil die Staatsregierung in diesen Bereichen nichts getan hat. Es ist offensichtlich so, dass die Kommunen näher an der Schule dran sind, an den Problemen, dass sie ideologisch vielleicht auch nicht so verquast sind, sodass sie schneller handeln können.

Dieser Beschluss ist ein Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip. Dazu ist schon einiges Grundsätzliche gesagt worden. Wir glauben, dass die Schulen auf jeden Fall mehr Selbstständigkeit brauchen und dass die Kommunen eine größere Mitsprache haben müssen. Man kann über die 5.000 Euro denken, wie man will. Aber es gibt auch einen Grundsatz, der heißt: Wer zahlt, schafft an, und wer mitzahlt, schafft auch mit an. Deshalb brauchen wir ein Mitspracherecht der Kommunen bei der kommunalen Schulentwicklung.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Da geht es auch um die Modellversuche. Auch dazu war von der Staatsregierung nichts zu hören. Vor Ort wird natürlich der Modellversuch im Zusammenhang mit dem Ganztagsmodell entwickelt. Deswegen müssen wir neue Wege gehen können, müssen die Kommunen neue Modelle machen können und müssen mitreden können.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich sehe eine Gefahr. Wir reden jetzt alle von Ganztagsschulen. Alle freuen sich darüber, dass man jetzt über Ganztagsschulen redet. Aber es ist wichtig zu betonen, dass es auch um die Qualität dieser Ganztagsschulangebote geht. Ein bisschen Tischtennis spielen am Nachmittag ist keine Ganztagschule, auch keine gute offene Ganztagschule. Wir brauchen gute pädagogische Konzepte, neue Formen des Lernens und ausreichend Mittel, die dafür investiert werden. Dazu hat der Bildungsgipfel von Landesseite nichts gegeben. Das war sehr wenig konkret. Und was den Ausbau der

Ganztagsschulen über diesen Doppelhaushalt hinaus betrifft, haben wir keine Aussagen gehört.

Deswegen sage ich Ihnen: Die Texte von Paulus haben bis heute Bestand. Aber der Text dieses Bildungsgipfels wird nicht über die nächsten Haushaltsberatungen hinaus Bestand haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Gehring.

Als Nächster hat Herr Staatssekretär Dr. Marcel Huber das Wort.

Staatssekretär Dr. Marcel Huber (Kultusministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das imposante Feuerwerk von Herrn Pfaffmann hat mich ein bisschen amüsiert, denn es zeigt wohl den Ärger, der in Ihnen darüber hochkommt, dass wir jetzt endlich das tun, was Sie schon so lange fordern.

Der Blick in die Historie, die Sie heute so ausführlich gebracht haben, zeigt aber bloß etwas auf, was uns nicht weiterbringt. Wir sollten nach vorne schauen. Es ist völlig überflüssig, sich darüber zu unterhalten, wer was wann gefordert hat.

Ich will mit den Dingen anfangen, wo wir übereinstimmen. Bedarfsgerechte Ganztagsangebote - ich betone: bedarfsgerechte -, auch im Schulbereich, sind ein geeignetes Mittel, um die Chancengleichheit zu erhöhen. Ich denke, da sind wir uns alle einig. Das ist ein wesentlicher Beitrag, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu bewerkstelligen, und es hat nachweislich pädagogische Vorteile. Das Motto, das wir gewählt haben: Qualität und Gerechtigkeit, kommt dem sehr nahe.

Aus diesem Grund hat die Staatsregierung den Entschluss gefasst - die Zahl ist von Herrn Taubenender schon erwähnt worden -: Bis zum Ende der Legislaturperiode sollen 600 von über 900 Hauptschulen einen Ganztagszug bekommen und 540 von freilich 2.500 Grundschulen. Das ist nicht im einstelligen Prozentbereich und mag Ihnen zu

wenig sein. Aber wenn man dann hört, dass alle Realschulen und alle Gymnasien in der fünften und sechsten Klasse ein Ganztagsangebot bekommen sollen, dann ist das doch eine Aufgabe, die nicht zu unterschätzen ist. Ich halte das wirklich nicht für eine Banalität, so wie Sie es darzustellen versuchen, sondern es ist eine finanzielle und organisatorische Herkulesaufgabe, die wir uns ganz konkret vorgenommen haben. Gestern beim Bildungsgipfel wurde dies ausdrücklich von allen Beteiligten begrüßt.

Es hat auch Konsens dafür gegeben - und ich weiß nicht, warum das alles jetzt so ausführlich hinterfragt wird -, dass der Staat die Trägerschaft für diese Angebote übernimmt, für die offenen wie für die gebundenen, und dass der Staat auch die Personalkosten übernimmt - ich weiß nicht, woher die Annahme kommt, dass wir uns dazu nicht klar geäußert hätten -, zwölf Stunden an Volksschulen und Förderschulen, acht Stunden an Realschulen und Gymnasien, dazu 6.000 Euro und 5.000 Euro Beteiligung der Kommunen für zusätzlichen Sachaufwand. Das ist klar definiert.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Den Sachaufwand zahlt doch sowieso die Kommune!)

Es gibt also keine Übernahme von irgendwelchen Personalkosten, sondern das ist der zusätzliche Sachaufwand.

Ausdrücklich haben alle Vertreter der kommunalen Spitzenverbände diese Auslegung als völlig in Ordnung akzeptiert und haben keine Konnexität angemahnt, so wie sie das für die, die einen Vorteil davon haben, eigentlich in Anspruch zu nehmen hätten.

Ich gehe also davon aus, dass wir eine ausgewogene Lastenverteilung verhandelt haben. Die Differenzen, die dazu führen, dass Sie uns jetzt vorführen, will ich Ihnen gerne fachlich begründen. - Herr Pfaffmann hat eine Zwischenfrage.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatssekretär, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Pfaffmann?

Staatssekretär Dr. Marcel Huber (Kultusministerium): Selbstverständlich, Herr Pfaffmann.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön, Herr Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Staatssekretär, Sie haben gerade gesagt, die 5.000 Euro seien ein zusätzlicher Sachaufwand. Sie haben damit sozusagen den Eindruck erweckt, hier gehe es nicht um Personalkosten.

Darf ich aus dem CSU-Änderungsdringlichkeitsantrag zitieren: "Ganztagsschulen beteiligen sich am Personalaufwand in Form eines Zuschusses in Höhe von 5.000 Euro." Es geht also mitnichten nur um Sachaufwand, sondern um den Einstieg in die Personalkostenfinanzierung bei Ganztagsschulen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Pfaffmann, darf ich Sie darauf hinweisen, dass das eine Zwischenfeststellung und keine Zwischenfrage war.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Setzen! Sechs! - Christa Naaß (SPD): Er hat gesagt: Darf ich Sie darauf hinweisen?)

Staatssekretär Dr. Marcel Huber (Kultusministerium): Ich habe die Frage schon verstanden.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Präsident, ich würde die Frage gern präzisieren.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Jetzt hat Herr Staatssekretär Dr. Marcel Huber das Wort, und ich bitte, ihm zuzuhören.

Staatssekretär Dr. Marcel Huber (Kultusministerium): Ich habe die Frage bei gutem Willen dann schon verstanden. Die Träger der Jugendhilfe sind die Kommunen, wie uns das SGB VIII in § 24 Abs. 2 sagt. Dafür einen Beitrag zu leisten - -

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was hat denn Jugendhilfe mit Ganztags-
schule zu tun?)

- Selbstverständlich. Im Ganztagsangebot ist natürlich ein Betreuungsanteil enthalten. Den können Sie nicht wegdiskutieren. Und für diesen Betreuungsanteil, für den die Kommunen zuständig sind, leisten sie ihren anteiligen Beitrag.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Jetzt wird's hint höher wie vorn!)

Im Übrigen besteht die Hauptdifferenz darin - darüber wurde heute noch gar nicht gesprochen -, dass wir im Gegensatz zu Ihnen für die Wahlfreiheit eintreten. Es geht um eine echte Wahlfreiheit für die Bürger. Ich weiß, dass die Lebenswirklichkeit der Menschen sich verändert hat, dass im Gegensatz dazu, wie wir es vielleicht vor zehn Jahren gesehen haben, heute immer mehr Leute darauf angewiesen sind, auch im schulischen Bereich ein Ganztagsangebot zu bekommen. Aber es gibt auch noch Leute, die ihre Kinder am Nachmittag gerne zu Hause haben. Hierfür wollen wir ein Angebot machen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir haben nichts dagegen!)

Es kann sich nicht jeder leisten. Mancher ist darauf angewiesen, okay.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Sie fordern eine staatliche Regelschule ein, die ganztags angeboten wird. Wir wollen dagegen Teilangebote, und zwar dort, wo sie kommunal eingefordert werden und es die Verhältnisse erfordern. Aus diesem Grunde ist es keine Sparmaßnahme auf dem Rücken der Kommunen, wie Sie es in Ihrem Antrag darstellen. Es fällt daher auch nicht unter das Konnexitätsprinzip. Wenn Sie nun in die Verfassung schauen, werden Sie lesen können, dass in Bayern nach Artikel 83 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung die Errichtung und der Betrieb öffentlicher Schulen auf dem Zusammenwirken von Staat und Kommunen fußen. Der Ausfluss daraus ist das Schulfinanzierungsgesetz, wonach der Staat klar den Personalaufwand, aber auch Sachkostenbeihilfe für Investitionen leistet. Ich darf an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Festsetzung eines erhöhten För-

dersatzes für Ganztagsausbauten nach Artikel 10 FAG ebenfalls angeboten wird. Das ist etwas, das den Kommunen wesentlich entgegenkommt, hier ihre zusätzlichen Aufwendungen zu leisten.

Gemeindetag, Städtetag und Landkreistag haben übereinstimmend bestätigt, dass sie die rechtliche Beurteilung dieser Situation genauso sehen. Aus diesem Grunde empfehle ich Ihnen, dass wir uns alle gemeinsam auf die Segnungen freuen, die diese Erweiterung des Ganztagsangebotes im bayerischen Schulwesen bringen wird.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Packen wir diese Umsetzung schnellstmöglich an! Dazu brauchen wir Ihren Antrag nicht, denn er ist fehlgeleitet. Deswegen wollen wir es so machen, wie es der CSU/FDP-Antrag empfiehlt. Aus diesem Grunde empfehle ich die Ablehnung des SPD-Antrags und die Zustimmung zum CSU/FDP-Antrag.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich beginne mit dem interfraktionellen Antrag von CSU und FDP. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/538 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und der Freien Wähler. Stimmenthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag mit den Stimmen von CSU und FDP angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 16/518. Dazu ist namentliche Abstimmung beantragt. Dafür sind fünf Minuten vorgesehen. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 15.34 bis 15.39 Uhr)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Liebe Kolleginnen und Kollegen, hat jetzt jeder seine Stimmkarte abgegeben? - Dann schließe ich die namentliche Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Saales ermittelt. Sobald das Ergebnis vorliegt, werde ich es Ihnen mitteilen.

(...)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege Muthmann. Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Pfaffmann, Güll u.a. und SPD-Fraktion, betreffend "Konnexität im Ganztags schulbereich endlich umsetzen", Drucksache 16/518, bekannt. Mit Ja haben 60 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 92 Abgeordnete gestimmt. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 12.02.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Martin Güll u. a. und Fraktion SPD; Konnexität im Ganztagsschulbereich endlich umsetzen (Drucksache 16/518)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin			
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus			
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Daxenberger Sepp	X		
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz			
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter			
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter			
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara			
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schopper Theresa	X		
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	60	92	0